

# USA riskieren Armageddon

US-Ökonom Jeffrey Sachs sprach in Wien über Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs.

Von Dieter Reinisch, Wien

**K**napp 100 Zuhörer hatten sich am Montag abend im Veranstaltungssaal »Novum« gegenüber dem Wiener Hauptbahnhof versammelt. »Wir haben diesen privaten Raum und keine öffentliche Einrichtung ausgewählt, damit wir keine Probleme bekommen«, stellte Fritz Edlinger gleich bei der Begrüßung klar und spielte damit auf die Absage der Friedenskonferenz durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und den Presseclub Concordia an.

Edlinger ist Herausgeber der Zeitschrift *International* und einer der Organisatoren des Abends. Auf der Bühne sitzen der Politikwissenschaftler Heinz Gärtner und Jeffrey Sachs, Ökonom von der Columbia University. Letzterer musste in den Tagen vor der Konferenz als Vorwand für die Absage herhalten (siehe Hintergrund).

Und das, obwohl Sachs am Friedensgipfel selbst nur über Videoschaltung teilnahm. Er weilte am Wochenende noch in Rom, wo er eine Veranstaltung zum 60. Jahrestag der »Friedensrede« von John F. Kennedy (am 10. Juni 1963) organisiert hatte: »Die größte Rede eines amerikanischen Präsidenten«, so Sachs. Denn sie habe fünf Wochen später zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen geführt: »Hören Sie sich die Rede an. Auch meine Familie musste sie schon mehrmals hören«, erzählte Sachs.

Am Montag war er dann auch persönlich nach Wien gekommen. Im Saal wurden, anders als in der politischen und medialen Öffentlichkeit, seine Argumente durchweg zustimmend aufgenommen. Heinz Gärtner eröffnete das Gespräch mit einer Ansage an die Kritiker von Sachs: »Wir rechtfertigen hier nicht die russische Invasion, denn die war falsch und illegal.«

Bei seinen Antworten konzentrierte Sachs sich vor allem auf einen Komplex: die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs. Die reiche neun Jahre zurück, in den Februar 2014, zum Sturz von Viktor Janukowitsch, so Sachs. Dieser sei von den USA in Form eines Regimewechsels geplant und durchgeführt worden. Seither ist die Ukraine der Schauplatz eines Stellvertreterkriegs zwischen den USA und Russland: »Es ist eine riesige geostrategische Tragödie, was da passiert.«

Die Wurzeln dafür, führte Sachs weiter aus, liegen im Jahr 1992.



»Wir rechtfertigen hier nicht die russische Invasion, denn die war falsch und illegal.« Heinz Gärtner (l.) an die Kritiker von Jeffrey Sachs (r.)

Damals sei von den USA die Entscheidung getroffen worden, die NATO bis zur – und um die – Ukraine zu erweitern: »Es geht nicht um Putin. Die ganze Sache begann schon vor Putin.«

1997 erschien im einflussreichen US-Fachjournal *Foreign Affairs* ein Zeitplan für die NATO-Erweiterung. Der Autor des Artikels »A Geostrategy for Eurasia« (Eine Geostrategie für Eurasien) war Zbigniew Brzezinski, der noch im selben Jahr sein Buch »The Grand Chessboard« (deutscher Titel: »Die einzige Weltmacht«) veröffentlichte, worin er darlegte, wie Russland am Schwarzen Meer eingekreist werden soll: »Das alles kann man als Wiederauflage des Krimkriegs betrachten: Russland soll aus der Schwarzmeerregion gedrängt werden«, erklärte Sachs.

Nach dem Sturz von Janukowitsch wurde eine Russland feindlich gesonnene Regierung eingesetzt und das Land von den USA her aufgerüstet. Die russische Sprache und Kultur wurden diskriminiert, im Osten entstanden Autonomiebestrebungen. Das mühsam erarbeitete »Minsk II«-Abkommen wurde von ukrainischer Seite nie eingehalten: »Meine damaligen ukrainischen Freunde – denn heute sehen sie mich nicht mehr als ihren

Freund an – haben mir von Beginn an gesagt: Wir unterzeichnen das, aber natürlich werden wir es nicht einhalten«, erinnerte sich Sachs.

Putin habe daher zwei Forderungen gestellt: Umsetzung von »Minsk II« und keine weitere NATO-Osterweiterung. Die USA sehen Pläne für Erweiterungen als interne NATO-Angelegenheiten, die nicht mit Drittstaaten diskutiert werden müssen. Daher weigerte sich die US-Regierung, in Gesprächen mit Russland zu treten, fasste Sachs zusammen.

Dennoch habe es im März 2022 eine Chance auf Frieden gegeben, als in Istanbul zwischen der Ukraine und Russland verhandelt wurde: »Die USA befahlen damals der Ukraine, die Gespräche abzubrechen.« Einer, der Sachs das erzählt hat, war der damalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett, der als informeller Mediator an den Gesprächen teilnahm. Es soll gerade der siebente Entwurf eines Friedensabkommens verhandelt worden sein, als die USA die Verhandlungen stoppten: »Ich habe das von allen so gehört, die daran teilgenommen haben«, betonte Sachs.

Nur selten hätten die USA irgendwo auf der Welt Neutralität unterstützt:

»In Österreich hat das wunderbar funktioniert, weil ihnen das Land nicht wichtig war, aber als die Sowjetunion dasselbe für Deutschland vorschlug, was den Kalten Krieg bereits Ende der 1950er Jahre beendet hätte, waren die USA dagegen.« Ähnlich verhielt es sich im Fall der Ukraine: »Mit Janukowitsch hatte man einen Präsidenten, der Neutralität wollte und keinen Stellvertreterkrieg in seinem Land. Deshalb wurde er von den USA gestürzt.«

Aufgrund dieser Politik tobt nun Krieg. Wenn Russland auf dem Schlachtfeld gewinnt, könne das zu einer Eskalation durch die NATO, zu Verhandlungen oder zu einem Patt, der das Land teilt, führen. Wenn die ukrainische Gegenoffensive erfolgreich ist, würde Russland eskalieren und wohl taktische Atomwaffen einsetzen: »Russland wird nie akzeptieren, den Krieg militärisch zu verlieren«, glaubt Sachs. »Daher habe ich Angst vor einem ukrainischen Sieg.« Die militärischen Berater würden in den USA mit dem atomaren »Armageddon spielen«. Um das zu verhindern, müssen, so Sachs, unverzüglich Gespräche aufgenommen werden, die auf Friedensverhandlungen hinführen.

## Friedensgipfel »voller Erfolg«

Organisatoren: Waffenstillstand heißt nicht Anerkennung der Gebietsgewinne

**I**ch habe noch nie die Kraft der Solidarität so gespürt wie bei diesem Gipfel«, zeigt sich Gerald Kofler vom Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (Abfang) gegenüber *jW* erfreut. Auch andere Organisatoren des Internationalen Gipfels für Frieden in der Ukraine waren zufrieden, bisweilen wirkte die Stimmung auf der abschließenden Pressekonferenz fast euphorisch. So äußerte Mitorganisator Leo Gabriel im *jW*-Gespräch: »Der Gipfel war ein voller Erfolg.«

Trotz großen politischen und medialen Gegenwinds sind am vergangenen Wochenende 400 Personen

zum »bisher größten Friedensgipfel während des Ukraine-Kriegs« in Wien erschienen, wie die Organisatoren am Montag verkündeten (siehe Hintergrund). Weitere 200 Personen verfolgten ihn online. Die Anwesenden kamen aus insgesamt 35 Ländern, besonders des globalen Südens: der Vizepräsident von Bolivien, Regierungsvertreter aus Mexiko, Ghana, Südafrika, Nepal und Indien. Daneben gab es Grußbotschaften des mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador und des sicherheitspolitischen Beraters des brasilianischen Präsidenten. Aus Europa nahmen aktive Kriegsgegner teil, etwa die irische

EU-Abgeordnete Clare Daly.

Für Rainer Braun vom International Peace Bureau ließ sich als wichtigstes Ergebnis ein »Dialog unter schwierigen Bedingungen zwischen Friedensaktivisten aus Russland, Belarus und der Ukraine« festhalten. Die drei Elemente der Diskussionen, so Braun, waren Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und die Planung weiterer gemeinsamer Aktionen. Der Aktivist stellte klar, dass die Priorität darauf liegen müsse, die Kämpfe sofort zu beenden. Die Forderung nach Waffenstillstand habe allerdings »nicht die Anerkennung der militärischen Gegebenheiten zum Zeitpunkt

des Waffenstillstands« zu bedeuten. Ebenso wenig eine »Anerkennung der russischen Gebietsgewinne«. Es sei lediglich ein Ausgangspunkt für Verhandlungen: »Die Politik der gemeinsamen Sicherheit muss wieder zentral werden.« Als Vorbild dafür nannte er den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky. »Daher ist es so bedeutend, dass der Gipfel in Wien stattfand.«

Im Oktober wird eine Aktionswoche organisiert. 2024 oder 2025 soll es eine Nachfolgekonferenz geben. Vertreter aus Irland, Italien und Belgien haben sich als mögliche Organisatoren angemeldet. **Dieter Reinisch, Wien**

## Hintergrund Friedenskampf sabotiert

Monatelang ist der Internationale Gipfel für Frieden in der Ukraine geplant worden. Für den 10. und 11. Juni hatte man das »Catamaran« angemietet, das Seminar- und Veranstaltungszentrum des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) an der Donau in Wien. Doch zwei Tage vor Beginn des Gipfels kam unvermittelt die Absage für die Räumlichkeiten. Den Organisatoren wurde von seiten des ÖGB zunächst mitgeteilt, die Absage sei aufgrund einer »veränderten Sicherheitslage« notwendig geworden: Man habe eine Bombendrohung erhalten. Auf Nachfrage bei der Wiener Polizei wusste dort allerdings niemand etwas davon. Die Konferenz hätte problemlos ausgerichtet werden können, erzählt der Mitorganisator Leo Gabriel im *jW*-Gespräch.

Nach einigen Diskussionen ließ der ÖGB die Katze aus dem Sack: Die Kündigung der Räumlichkeiten wurde auf Intervention des ukrainischen Botschafters in Österreich, Wassil Chiminez, beschlossen. Er hatte in der Woche vor dem Gipfel eine Medienkampagne gegen die Friedenskonferenz angekurbelt. In einer Erklärung gegenüber der österreichischen Presseagentur APA bezeichnete er die Veranstalter als »fünfte Kolonne Russlands« und forderte den ehemaligen sozialdemokratischen Bundespräsidenten Heinz Fischer auf, seine Videobotschaft zu Konferenzbeginn abzusagen. Fischer habe dann artig die bereits aufgenommene Botschaft zurückgezogen, erzählt Gabriel.

Auch ATTAC zog sich aus der Organisation zurück und warf den Teilnehmern vor, das »Existenzrecht der Ukraine zu leugnen«. Überrascht zeigt sich Gabriel vom Presseclub Concordia, der die Räumlichkeiten für Pressekonferenzen verweigerte. Zunächst wurde den Organisatoren gesagt, die Konferenz stehe »mit den menschenrechtlichen Prinzipien des Presseclubs Concordia nicht in Übereinstimmung«. Nach weiteren Gesprächen erklärte ein Vertreter des Präsidiums dann, der Grund für die Absage sei »die Teilnahme von Jeffrey Sachs«, berichtet Gabriel.

»Uns wurde gesagt, dass er im russischen Fernsehen auftritt und dort zum »Massenmord an Ukrainern« aufrufe«, erzählt Gabriel. Sachs war seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 zweimal im russischen TV aufgetreten, zum Mord gegen irgendwen oder gar zum Massenmord an Ukrainern hat er dort nicht ausgerufen.

Die Veranstalter hatten Glück, sie fanden einen privaten, ausreichend großen Raum als Ersatz. Im Lorely-Saal in Wien-Penzing konnte der Gipfel am vergangenen Wochenende dann abgehalten werden: »Mir fiel ein Stein vom Herzen«, zeigt sich Gabriel erleichtert. Die Abschlusspressekonferenz fand am Montag in einem Wiener Innenstadtcfé statt. **(dr)**